

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer
Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
Universität Bielefeld

Gedenkansprache am 2. April 2018 in Wewelsburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute ist es möglich, dass von (Zitat) „dämlicher Bewältigungspolitik“ gesprochen wird, die uns - also die Deutschen - lähme.

Forderungen werden aufgestellt: (Zitat) „Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ (Zitatende) und (Zitat) Der Holocaust „ist wirksames Instrument zur Kriminalisierung der Deutschen und ihrer Geschichte“ (Zitatende).

Sind wir auf dem Wege zur Normalisierung solcher Positionen, die aus dem Jahre 2017 stammen?

Gedenkfeiern wie heute zum 73. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Niederhagen und für die Opfer der SS-Gewalt in Wewelsburg sind notwendige Anlässe dafür, dass nicht nur ein Erinnern an die dunklen Kapitel der deutschen Geschichte stattfindet.

Denn es geht gleichzeitig darum, dass die Gesellschaft sich immer wieder ihrer zentralen Wertvorstellungen und unverzichtbaren Normen öffentlich und sichtbar vergewissert und sie damit immer wieder neu befestigt. Dies ist in diesen entsicherten Zeiten notwendiger denn je, damit es keine Verschiebungen von Wertvorstellungen gibt. Diese Gefahren sind unübersehbar.

Dies betrifft vor allem zwei zentrale Grundwerte dieser Gesellschaft. Dies sind zum ersten die Gleichwertigkeit aller Menschen, die in dieser Gesellschaft leben und ihre psychische und physische Unversehrtheit. Es muss hier nicht besonders betont werden, dass genau diese Grundwerte in der Zeit des Nationalsozialismus zerstört worden sind und damit auch die Zerstörung von Menschen. Gerade deshalb steht in Artikel 1 des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Die Verfassungswirklichkeit in dieser Gesellschaft sieht trotz vieler Anstrengungen zur historischen Aufarbeitung der humanen Katastrophe und des dramatischen Zivilisationsbruchs doch auch anders aus.

Die Würde des Menschen ist antastbar.

Unsere Untersuchungen zeigen, dass in dieser Gesellschaft seit längerem erhebliche Einstellungen in der Bevölkerung

existieren, die wir als Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bezeichnen. Damit ist

gemeint, dass Menschen allein aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit als Juden, Homosexuelle, Andersfarbige, Obdachlose, Muslime, Behinderte, Sinti und Roma, Flüchtlinge mit Abwertungen, Diskriminierungen und auch Gewalt konfrontiert sind. Dies geschieht, nochmals betont, allein aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit und unabhängig von ihrem individuellen Verhalten.

Dies ist nicht nur ein Problem in Deutschland. Wir finden diese Vorgänge international. Auch ist dies nicht nur im Verhältnis von Mehrheiten zu Minderheiten so. Auch zwischen Minderheitengruppen gibt es diesen Mechanismus.

Nun leben wir spätestens seit der Jahrtausendwende in entsicherten Zeiten mit zahlreichen Krisen. Dazu gehören terroristische Attacken, die tiefen Einschnitte ins soziale Netz wie die Hartz IV Gesetze, die ökonomisch erzeugten Finanzkrisen und die Flüchtlingsbewegungen, die unsere westliche Welt durchrütteln und die soziale und politische Stabilität unserer offenen Gesellschaft und der liberalen Demokratie in Gefahr bringen.

Wir können in unseren Langzeituntersuchungen zeigen, dass daraus Wahrnehmungen und Erfahrungen von Kontrollverlusten für erhebliche Teile der Bevölkerung entstanden sind, wie die eigenen Lebensläufe noch zu bewältigen sind, wie Orientierungslosigkeit aufkommt, wie die Zukunftsplanungen aussehen könnten, wie sozialer Abstieg verhindert werden kann usw.

Aus diesen wahrgenommenen oder erfahrenen Kontrollverlusten entstehen Versuchungen in Teilen der Bevölkerung den neuen autoritären politischen Bewegungen oder Parteien zu folgen, die vorgeben die Kontrolle über Lebenswege, Grenzen usw. durch Abwehr von Fremden wieder herzustellen - auch gegen jene, die längst Teile dieser Gesellschaft sind.

Dabei wird Ausgrenzung propagiert und das Nationale, das „deutsche Volk zuerst“ radikal auch gegen Andersdenkende in Stellung gebracht.

Damit reiht sich inzwischen auch Deutschland in die nationalistischen Eindunkelungen in Europa ein, wie sie sich schon seit längeren in Osteuropa, vor allem Polen und Ungarn, inzwischen in Österreich mit den Regierungsbeteiligungen und auch in Frankreich, den Niederlanden oder Dänemark zeigen.

Hierzulande ist seit der Bundestagswahl 2017 eine Partei erfolgreich geworden, deren Eliten einen Autoritären Nationalradikalismus repräsentieren. Die Parolen lauten dann z.B.: Wir holen uns unsere Geschichte und unser Land zurück.

Es fehlt hier die Zeit, um all die Facetten darzulegen, aber zwei Aspekte sind anlässlich dieser Gedenkveranstaltung doch herauszustellen.

Es ist erstens wieder möglich geworden, vor allem das „Deutsch-Sein“ zu einem besonderen Kennzeichen der Überlegenheit herauszustellen, um die Gleichwertigkeit von Menschen infrage zu stellen und die Ausgrenzung schwacher Gruppen zu propagieren.

Der zweite Aspekt betrifft die Bestrebungen zur Neudeutung deutscher Geschichte, insbesondere des Nationalsozialismus. Die Reden vom „Schandmal“ der Holocaust-Gedenkstätte in Berlin gehört ebenso dazu wie der zu beendende „Schuldskult“ und der Stolz auf die Leistung deutscher Soldaten im zweiten Weltkrieg.

Die Liste ist inzwischen schon sehr lang. Fast tagtäglich kommt Neues hinzu und das autoritär nationalradikale Milieu verdichtet sich zusehends. Es sind nicht nur Politiker und soziale Bewegungen, sondern auch Eliten aus Medien, Wissenschaftler und Schriftsteller, die sich formieren.

Das was wir seit längerem beobachten sind Entwicklungen der schleichenden Normalisierung solcher Positionen – auch mit Unterstützung in Teilen der Bevölkerung. Normalisierung ist ein gefährlicher Vorgang, denn alles was als normal gilt, kann man zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr problematisieren.

Wir können uns sehr schnell vom Extremen distanzieren, z. B. von rechtsextremen Parteien und neonazistischen Gruppen und fühlen uns dann moralisch gut und auf der richtigen Seite. Dies ist aber gesellschaftlicher Selbstbetrug, wenn wir nicht in der Lage sind, das Zerstörerische wie die Ungleichwertigkeit von Gruppen in unserer gesellschaftlichen Normalität zu erkennen. Bei Gesprächen in Sportvereinen, bei Verwandtschaftstreffen zu Ostern, am Arbeitsplatz usw.

Sind wir in der Lage in den Gesprächen zu intervenieren auch mit dem Risiko die Freunde, die Verwandten oder Arbeitskollegen zu verlieren?

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns von einer lange immer wieder verwendeten Formel zu den historischen Katastrophen verabschieden. Diese Formel lautet: Wehret den Anfängen.

Inzwischen gilt wohl: Es geht nicht mehr um Anfänge.

Diese Formel war und ist ausgerichtet auf die klassischen rechtsextremen Parteien oder Nazi-Gruppen. Diese haben schon lange keine Chancen zu politischer Macht, gleichwohl sind sie mit ihrer Gewalt immer noch gefährlich für schwache Gruppen in der Gesellschaft, die im Sinne der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit markiert sind. Wie schon erwähnt: Das bedeutet, dass Menschen allein aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit wie Migranten, Muslime, Homosexuelle, Obdachlose, Juden, Andersfarbige, Behinderte, Flüchtlinge und unabhängig von ihrem individuellen Verhalten mit Abwertung, Ausgrenzung, Diskriminierung und auch Gewalt konfrontiert werden.

Gleichzeitig wird es unangenehm, denn die Einstellungen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in der Bevölkerung, also von uns, tragen auch zur Begründung menschenfeindlicher Abwertungen und Ausgrenzungen durch autoritär-nationalradikale Bewegungen und Parteien bei.

Und die neuen Formen des Autoritären Nationalradikalismus, inzwischen vertreten im Reichstagsgebäude des Deutschen Bundestages, dringen in viele Institutionen dieser Gesellschaft ein und erheben dort ihre aggressiven Stimmen.

Zur Charakterisierung solcher Positionen und Personen ist große Zurückhaltung angebracht, sie schnell als „Nazis“ zu bezeichnen. Eine solche inflationäre Bezeichnung verharmlost die Gräueltaten des NS-Systems. Und außerdem können sich die so bezeichneten Personen auch noch als Opfer stilisieren.

Das stellt uns inzwischen vor völlig neue Fragen, die auch das Erinnern an die Gräueltaten der Akteure für die Opfer des nationalsozialistischen Systems betreffen, wie sie in Niederhagen und durch die SS-Gewalt in Wewelsburg geschehen sind.

Drei Aspekte sind dabei zu betonen.

Erstens werden die Zeitzeugen bald nicht mehr authentisch berichten können, die für die junge Generation aufrüttelnd tätig waren. Deshalb ist die Frage zu stellen, ob die steinernen Zeugen der Gedenkstätten diese Eindringlichkeit zukünftig aufbringen können.

Zweitens haben sich die Formen der Bedrohungen unserer offenen Gesellschaft und der liberalen Demokratie massiv gewandelt. Die grenzenlose Hasskommunikation im Internet ist eine solche neue Form in abgedichteten „Echokammern“, in der sich nur noch Gleichgesinnte treffen und wechselseitig „aufheizen“. Hinzu kommt die massive Verbreitung von Verschwörungstheorien etwa zum Antisemitismus.

Drittens hat sich unsere Gesellschaft durch Zuwanderungen, also durch Migranten und jüngst durch Flüchtlinge in der sozialen, ethnischen und religiösen Zusammensetzung massiv verändert. Daraus entstehen Fragen danach, wie die neu Hinzugekommenen auf die deutsche Geschichte blicken, zumal dann, wenn sie pauschal von Eliten des neuen Autoritären Nationalradikalismus mit ihren Feindbildern ausgegrenzt werden – oder wenn ihre Religion gar von mächtigen aktuellen Regierungsmitgliedern als nicht zugehörig betrachtet wird.

Daraus müssen weitreichende Konsequenzen für Neuorientierungen auch der Gedenkstättenpädagogik gezogen werden, um sich z.B. den Normalisierungsversuchen von Ausgrenzungen durch den neuen Autoritären Nationalradikalismus entgegen zu stellen.

Diese Anstrengungen sind auf dem Wege. So wird z. B. in der nächsten Woche in Berlin in der Tagungsstätte von „Topographie des Terrors“ eine Konferenz stattfinden mit dem Titel „Die Bearbeitung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an Gedenkstätten für NS-Opfer“.

Dabei wird es zentral um die Frage gehen, ob wir in der Lage und Willens sind die historischen Ereignisse in Verbindung zu bringen mit neuen Formen der Gefährdungen von Gruppen in dieser Gesellschaft – und dies immer wieder öffentlich vermitteln können – und vor allem vermitteln wollen.

Dabei geht es nicht nur um die junge Generation. Der Blick muss auch auf die ältere Nachkriegsgeneration gerichtet werden. Unsere Langzeituntersuchung zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zeigte immer wieder, dass die über 60jährigen besonders häufig diese abwertenden Einstellungen aufweisen. Dies ist aber gar kein öffentliches Thema.

Es wachsen bei mir die Zweifel, ob wir angesichts der dramatischen ökonomischen, sozialen und politischen Veränderungen neue Ideen haben, um den bedrohlichen politischen Entwicklungen gegen die offene Gesellschaft und gegen die liberale Demokratie entgegenzuwirken. Hoffentlich finden wir sie und bringen sie lautstark in die Öffentlichkeit, damit keine Schweigespirale entsteht.

Die Schweigespirale besagt, dass Personen, die den Eindruck haben, dass sie mit ihren menschenfeindlichen Positionen in

der Minderheit sind, sehr viel vorsichtiger damit umgehen in der Öffentlichkeit. Diese Einstellungen verbleiben dann hinter den privaten Gardinen.

Wenn diese Personen aber den Eindruck haben, dass sie auch durch entsprechende Lautsprecher wie die Eliten des Autoritären Nationalradikalismus in Landtagen und im Bundestag eine Mehrheit in der Bevölkerung darstellen, dann sprechen sie ihre Positionen rabiater aus in den verschiedenen Alltagssituationen im Schützenverein, im Bus, in der Kirchengemeinde, bei Familienfeiern und Arbeitsplatz. Dann schreitet die Normalisierung solcher Positionen voran.

Zurück zum Anfang.

(Zitat) „Und diese dämliche Bewältigungspolitik, die lähmt uns heute...Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ (Zitatende). Und eine weitere Position eines anderen Politikers. (Zitat) Holocaust „ist wirksames Instrument zur Kriminalisierung der Deutschen und ihrer Geschichte“ (Zitatende)

Dies sind Äußerungen gewählter Volksvertreter aus dem Jahre 2017.

Wehret den Normalisierungen.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben.